

Antrag

**der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Mehmet Yildiz, Deniz Celik,
Martin Dolzer, Dr. Carola Ensslen, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Cansu Özdemir, Christiane Schneider, Heike Sudmann (DIE LINKE)**

Haushaltsplan-Entwurf 2019/2020

Einzelpläne 3.1. und 4

**Betr.: Armut von Kindern bekämpfen – Bundesteilhabepaket aufstocken und
ein beitragsfreies Frühstück in der Kita und der Grundschule einführen**

Aufgabenbereich EP 3.1. PG 240.01 und EP 4 PG 253.02 und 254.06

Gemäß Koalitionsvertrag von SPD und GRÜNEN soll Hamburg die „kinderfreundlichste Stadt in Deutschland werden.“ Allerdings ist in Hamburg laut Großer Anfrage Drs. 21/8699 gemäß Bundesmedian jedes fünfte Kind unter 18 Jahren armutsgefährdet. Bei den 18- – 25-jährigen Jungerwachsenen sind es in Hamburg sogar 27,85 Prozent. Der Senat gibt für 2016 an, dass fast 77.000 Kinder und Jugendliche Ansprüche auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT-Paket) haben. Damit stagnieren die Zahlen zur Armutsgefährdung in Hamburg auf hohem Niveau. Wir reden also nicht über eine kleine Gruppe in dieser so reichen Stadt. Legt man den Landesmedian zugrunde ist sogar jedes vierte Kind armutsgefährdet. Dieser zweite Wert ist für Hamburg maßgeblicher, weil er die soziale Spaltung innerhalb der Stadt deutlich macht, denn hohe durchschnittliche Einkommen und hohe Mietenniveaus sorgen für eine höhere Armutsgefährdung. Dieser Befund wird auch deutlich in der Spaltung der Stadt in arme und reiche Stadtteile. In Steilshoop ist rund jedes zweite Kind armutsgefährdet, während in Nienstedten so gut wie keine von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen leben. Von Armut besonders betroffen bleiben vor allem Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern. Hinter diesen Zahlen steht ein Alltag, der geprägt ist von Sorgen und Perspektivlosigkeit. Es ist ein Alltag, der vor allem in von Armut betroffenen Stadtteilen viele fehlernährte Kinder und Jugendliche kennt. Ein Alltag, der für viele Kinder bedeutet, dass die Teilhabemöglichkeiten an Ausflügen und Reisen in den Kitas und Schulen, die Teilnahme am Mittagessen in Kitas und Schulen, Sport- und Kulturveranstaltungen, die Mitgliedschaft in einem Sportverein, der Besuch von Bädern, Bücherhallen, Theatern, Museen und Kinos und der Erwerb von Büchern, Lernmitteln sowie die Nutzung von Öffentlichen Verkehrsmitteln für alle Hamburger Kinder und junge Menschen nicht in jedem Fall gegeben ist. Ein Alltag, der für viele Kinder bedeutet, dass sie oft nicht einmal ein ordentliches Frühstück bekommen. Das ist kein guter Befund für eine Stadt, die zu den reichsten Städten Europas zählt.

Vor diesem Hintergrund fordert die Fraktion DIE LINKE zur Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen in einem ersten Schritt eine weitere Aufstockung des BuT-Pakets durch Hamburger Landesmittel und ein beitragsfreies Frühstück in allen Hamburger Kitas und den Grundschulen der Stadt.

Um die soziale und kulturelle Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen, ist nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) „der Bedarf (für Bildung und Teilhabe) an den kindlichen Entwicklungsphasen auszurichten und an dem, was

für die Persönlichkeitsentwicklung eines Kindes erforderlich ist. Ein zusätzlicher Bedarf sei vor allem bei schulpflichtigen Kindern zu erwarten. Notwendige Ausgaben zur Erfüllung schulischer Pflichten gehören zu ihrem existenziellen Bedarf.“ Damit hat das BVerfG den Gesetzgeber beauftragt, auf empirischer Grundlage den tatsächlich zu erwartenden Bedarf für Bildung und Teilhabe zu ermitteln und diesen Bedarf als eigenständige Leistung für Kinder, Jugendliche und Jung erwachsene zu decken. Daher darf sich das BuT nicht am Existenzminimum orientieren, sondern am tatsächlichen Bedarf.

In Hamburg stehen aus dem vom Bund finanzierten BuT-Paket zurzeit pro Kind und Monat 10 Euro zur Verfügung. Hinzu kommt ein Schulbedarfspaket von 100 Euro pro Jahr. Hamburg ergänzt diese aus Bundesmitteln finanzierte Leistung mit weiteren Landesmitteln. Damit stehen jedem anspruchsberechtigten Kind bei Einberechnung des Schulbedarfspakets in Hamburg maximal 20 Euro im Monat zur Verfügung. Dieser Betrag deckt gerade den Bedarf für die durchschnittlichen Kosten, die in Deutschland zum Schulbeginn aufgebracht werden. Die Gesellschaft für Konsumforschung hat für das Jahr 2013 durchschnittliche Ausgaben für ein Kind in Höhe von 238 Euro bei Schulbeginn ermittelt. Mit dem Betrag von 20 Euro pro Monat können von Armut betroffene Familien nicht einmal ansatzweise die Bedarfe eines Kindes im Bereich Bildung und Teilhabe decken. Das Gemeinsame Statistikportal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder weist für 2018 die durchschnittlichen Ausgaben pro Kind nach Ausgabenarten aus. Danach liegt der Betrag für Freizeit und Kultur bei 94 Euro und für Mobilitätskosten (ÖPNV) bei 36 Euro pro Monat. Damit gibt jede deutsche Durchschnittsfamilie mindestens 150 Euro pro Kind und Monat für Bildung, Teilhabe und Schulbedarf aus. Um die tatsächlichen Bedarfe von Kindern und jungen Menschen zu decken, müsste die Leistung aus dem BuT-Paket also erheblich erhöht werden. Auch die „Ständige Fachkonferenz Grund- und Strukturfragen des Jugendrechts“ des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht kommt in einer strukturkritischen Analyse zu dem Ergebnis, dass es eine Orientierung der Leistung für die Teilhabe der Kinder am gesellschaftlichen Durchschnitt statt am Existenzminimum geben muss.

Diese Einschätzung teilt inzwischen auch die Bundesregierung. Nach Ankündigung von Sozialminister Hubertus Heil sieht die Bundesregierung dringenden Reformbedarf beim BuT (siehe „Hamburger Abendblatt“ vom 24.10.2018). Danach soll in Abstimmung mit dem Bundesfamilienministerium in den nächsten Monaten ein Reformpaket zum BuT vorgelegt werden. Wesentliche Elemente der Reform sollen eine Aufstockung einiger Leistungsbereiche sein und eine Entbürokratisierung des Antragsverfahrens. Das Schulstarterpaket soll von 100 Euro auf 150 Euro erhöht werden.

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich mit diesem Antrag dafür ein, dass Hamburg im Vorgriff auf eine Reform des BuT-Pakets für seine Kinder und Jugendlichen den Betrag um 80 Euro pro Monat für Bildungsbedarfe erhöht und damit eine Vorreiterfunktion für eine bedarfsgerechte Ausgestaltung des BuT übernimmt. Damit würde Hamburg eine gute Tradition fortsetzen, denn schon jetzt stockt die Stadt die Mittel auf und finanziert damit zusätzliche Leistungen für die Mittagsverpflegung und die Schulbeförderungskosten (siehe Drs. 21/8699, Seite 12 folgende). Ebenso sollte für die 15.000 leistungsberechtigten Schülerinnen und Schüler das Schulstarterpaket auf 150 Euro erhöht werden. Auch dieser Betrag liegt dann immer noch deutlich unter dem, was eine Durchschnittsfamilie für Bildung und Teilhabe ihrer Kinder aufwendet und setzt eine äußerst sparsame Nutzung der Mittel voraus.

Nach Angaben des Senats gegenüber der Bundesregierung (BT.-Drs. 19/5222) waren im Mai 2018 in Hamburg knapp 76.500 junge Menschen leistungsberechtigt. Würden allen anspruchsberechtigten Kindern und jungen Menschen in Hamburg monatlich 100 Euro zur Verfügung stehen, wären hierfür pro Jahr zusätzlich bis zu 73 Millionen Euro notwendig. Mit diesem Betrag würde Hamburg als erstes Bundesland auch einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Politik gegen Kinderarmut leisten, der an der Verbesserung von Bildungschancen und Teilhabermöglichkeiten ansetzt und damit eine bundesweite Vorreiterfunktion übernehmen. Die angekündigte Erhöhung der Bundesmittel durch eine BuT-Reform würde entsprechende Refinanzierungen der eingesetzten hamburgischen Mittel ermöglichen.

Chancengleichheit fängt beim Frühstück an. Nur ein gutes gesundes Frühstück ermöglicht, dass jedes Kind in der Kita fröhlich spielen oder sich im Unterricht konzentrieren kann. Die Realität in Deutschland ist aber, dass „rund 30% aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland morgens mit leerem Magen aus dem Haus gehen“. So steht es in der Begründung eines Antrages der SPD Wandsbek an den Landespartei-tag der SPD in Hamburg, der ein kostenloses Frühstück für alle Kinder bis zum Ende der Grundschule fordert. Darüber hinaus stärkt ein gemeinsames Frühstück ohne Diskriminierung die Gemeinschaft. Nervosität, Reizbarkeit und Gewalt tritt viel seltener auf. Momentan ist in Hamburg in sehr vielen Kita-Einrichtungen die Ungleichheit Realität an den Frühstückstischen. Während ein Teil der Kinder liebevoll geschmierte Brote herausholt, haben andere gar kein Frühstück mitgebracht und wieder andere essen Süßigkeiten. Das ist eine prägende Erfahrung für die Kinder. Der Mangel ist nicht nur materieller Art, viele Kinder leiden auch unter einem Mangel an Aufmerksamkeit und Fürsorge.

Oftmals sind Eltern mit den eigenen Problemen belastet, sodass sie sich nicht ausreichend um ihre Kinder kümmern können. Kita und Schule sind Orte, an denen diese Kinder die Chance haben, sich außerhalb der Familienstrukturen zu entwickeln. Dafür ist es wichtig, dass es zumindest beim Essen keine Unterschiede gibt. Ein kostenloses Frühstück ist ein kleiner Baustein, der für mehr Chancengleichheit und mehr Verständnis sorgt.

Diese beiden Vorhaben sind ein erster Schritt zur Bekämpfung von Kinderarmut, die nicht hingenommen oder bagatellisiert werden darf.

Gleichzeitig bleibt festzuhalten: Vielen Kindern und Jugendlichen in Hamburg geht es gut. Natürlich gibt es auch positive Befunde: So gibt es in Hamburg in den Kindergärten ein beitragsfreies Essen für alle Kinder. Das BUT-Paket wird nicht so bürokratisch gehandhabt und bis zum letzten Cent ausgegeben. Für die Eltern aller Kinder mit einem Rechtsanspruch auf einen Gutschein von fünf Stunden gibt es Beitragsfreiheit. Es gibt 224 Einrichtungen der offenen Arbeit, die Familien und ihren Kindern und Jugendlichen mit Unterstützung zur Seite stehen. Die Stadt hat mit der Volksinitiative Guter Ganzttag vereinbart, den schulischen Ganzttag qualitativ besser auszustatten.

Trotzdem fehlt in Hamburg mittelfristig ein Programm, das Armut von Kindern, Jugendlichen und Jungerwachsenen systematisch bekämpft, denn die bisherigen Anstrengungen der Stadt haben erkennbar nicht zu einem Abbau der Armut von Kindern, Jugendlichen und Jungerwachsenen geführt. Entweder wurden also die falschen Maßnahmen getroffen, oder die Maßnahmen und Mittel haben nicht gereicht. Auch eine Mischung aus Beidem ist möglich. Das muss untersucht werden. Auf jeden Fall kann konstatiert werden, dass die jetzigen Maßnahmen die Armutsquote nur auf hohem Niveau stabilisieren. Ein solches Programm ist allerdings auch notwendig, um die Würde der Kinder und Jugendlichen nach § 1 SGB VIII zu garantieren, indem „junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung“ gefördert werden und damit „dazu beigetragen wird, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen“. Darüber hinaus weist die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) richtigerweise darauf hin, dass wesentliche Beteiligungsrechte aus der UN-Kinderrechtskonvention für alle Kinder gesichert werden müssen. Auch die zentrale Aussage im Koalitionsvertrag, Hamburg zur kinderfreundlichsten Stadt Deutschlands zu machen, kann ohne ein solches Programm nicht umgesetzt werden. Andere Bundesländer wie das Land Brandenburg haben Runde Tische eingerichtet. Hamburg zeigt bis jetzt keine systematischen Ansätze, hier aktiv zu werden.

Langfristig muss es zur Bekämpfung von Armut von Kindern, Jugendlichen und Jungerwachsenen aus Sicht der LINKEN eine Erhöhung der Kinderregelsätze geben, die in eine sanktionsfreie Kindergrundsicherung mündet.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Aufstockung des BuT-Pakets auf 100 Euro pro Kind pro Monat und eine Erhöhung des Schulbedarfspakets von 100 auf 150 Euro als erster Schritt zur Bekämpfung von Kinderarmut in der Stadt. Hierfür sind bis zu 73 Millionen Euro für die Aufstockung des BuT-Pakets und 4 Millionen Euro für die Erhöhung des

Schulbedarfspakets im Haushalt aus dem EP 4 PG 253.02 Hilfen zur Existenzsicherung zur Verfügung zu stellen.

2. Ein beitragsfreies Frühstück für alle Kinder in Kitas und Grundschulen einzuführen und bis zu 28,5 Millionen Euro in EP 4 PG 254.06 und bis zu 14,7 Millionen Euro in EP 3.1. PG 240.01 Soziale Leistungen für Schüler/-innen in den Haushaltsplan einzustellen.